

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**18. Sitzung des Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den
"Kurbetrieb Travemünde (KBT)"**

Sitzungstermin:	Montag, 10.08.2020
Sitzungsbeginn:	16:34 Uhr
Sitzungsende:	18:51 Uhr
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Ulrich Krause - CDU	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bernhard Simon - CDU	
Dr. Burkhard Eymer - CDU	bis einschl. TOP 4.2.
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Lars Lehrke - Die Unabhängigen	
Peter Reinhardt - SPD	
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Herwig Alt - AfD	
Harald Klix - FREIE WÄHLER & GAL	
Lars Küther - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Sonja Lengen - SPD	Vertretung für: Herrn Evers
Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE	
Henning Schumann - CDU	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Grädner
Heike Stegemann - FDP	

Beiratsmitglieder	
Jürgen Cladow - Seniorenbeirat	
Verwaltung	
Heike Blankenburg - 2.830 - Kurbetrieb Travemünde	
Laura Bradler - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	zu TOP 4.1.
Piroska Csösz - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Uwe Kirchhoff - 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Ralf Kuschmierz - FBC FB 2	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Protokollführung	
Jacqueline Schütz - 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Gäste	
Dario Arndt - Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH	Teilnahme im ö. Teil (TOP 1-9)
Dirk Gerdes - KWL GmbH	Teilnahme im ö. Teil (TOP 1-9)
Olivia Kempke - Lübeck Management e. V.	Teilnahme im ö. Teil (TOP 1-9)
Stefan Krappa - WiFö HL	Teilnahme im ö. Teil (TOP 1-9)
Karoline Lenz - LTM GmbH	zu TOP 5.1. & 5.2.
Christian Martin Lukas - Lübeck und Travemünde Marketing GmbH	zu TOP 5.1. & 5.2.
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Anka Grädner - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Christoph Evers - SPD	abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 17. Sitzung vom 08.06.2020	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Einzelhandelsentwicklung	
3.1.1	Karstadt-Schließung und ihre Folgen	
3.1.2	Anfrage AM Stegemann: Wirtschaftliche Entwicklung Innenstadt Lübeck	VO/2020/09129
3.2	Mitteilungen der Verwaltung	
3.2.1	Anfrage AM Flasbarth: Regenerierung von Brachlandflächen in der Hansestadt Lübeck	
3.3	Anfrage AM Klix: "Wirtschaftliche Chancen von Verkehrs-, Energie- und Agrarwende"	VO/2019/08184
3.3.1	Anfrage AM Klix: "Wirtschaftliche Chancen von Verkehrs-, Energie- und Agrarwende"	VO/2019/08184-01
3.4	Neue Anfragen	
3.4.1	Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Müll in Travemünde	VO/2020/09162
3.4.2	Anfrage von AM Ulrich Krause (CDU): Verunreinigungen Travemünder Grün- und Kurstrand	VO/2020/09165
4	Berichte	
4.1	Bericht über den aktuellen Stand zur Aufstellung des Bebauungsplanes 01.77.00 Nördliche Wallhalbinsel (PIH-Konzept)	VO/2020/08879
4.2	Anzahl bezahlbarer Wohnungen im Bestand und bei Neubauten erhöhen	VO/2020/09014
4.3	Quartalsbericht II / 2020 der Gesellschaften und Betriebe der Hansestadt Lübeck - Kurbetrieb Travemünde	VO/2020/09125

5	Beschlussvorlagen	
5.1	Fortschreibung des Touristischen Entwicklungskonzeptes für Lübeck.Travemünde bis zum Jahr 2030 (TEK)	VO/2020/08959
5.2	Annahme einer Geldspende in Höhe von 198.000 € der Possehl-Stiftung Lübeck für das Projekt POP.UP STADT-KULTUR	VO/2020/08935
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	DIE LINKE: Umbau Hafenschuppen 6	VO/2020/08799
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ausbau der Elektromobilität in Lübeck	VO/2020/09045
7.1.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Antrag zu VO/2020/09045: Ausbau der Elektromobilität in Lübeck	VO/2020/09045-01
7.2	Dringlichkeitsantrag: AM Herwig Alt (AfD): Wirtschaftliche Entwicklung der Innenstadt	VO/2020/09124
7.3	Dringlichkeitsantrag AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Keine weitere Stärkung der Grünen Wiese	VO/2020/09167
7.4	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) AA zu VO/2020/09014 Anzahl bezahlbarer Wohnungen im Bestand und bei Neubauten erhöhen	VO/2020/09014-01
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 18. Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

a) Der Vorsitzende verpflichtet das Ausschussmitglied Hans-Jürgen Martens mit den Worten:

„Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

b) Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die folgenden Tagesordnungspunkte noch zur heutigen Sitzung eingereicht wurden:

3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen

3.4.1. VO/2020/09162

Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Müll in Travemünde

3.4.2. VO/2020/09165

Anfrage von AM Ulrich Krause (CDU): Verunreinigungen Travemünder Grün- und Kurstrand

7. Anträge von Ausschussmitgliedern

7.1.1 VO/2020/09045-01

AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Antrag zu VO/2020/09045: Ausbau der Elektromobilität in Lübeck

7.3. VO/2020/09167

Dringlichkeitsantrag: AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Keine weitere Stärkung der Grünen Wiese

7.4. VO/2020/09014-01

AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) ÄA zu VO/2020/09014 Anzahl bezahlbarer Wohnungen im Bestand und bei Neubauten erhöhen

Zu TOP 7.3. lässt Herr Krause über die Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit abstimmen.

c) Herr Dr. Flasbarth stellt den Antrag, die TOP

4.2. VO/2020/09014

Anzahl bezahlbarer Wohnungen im Bestand und bei Neubauten erhöhen

7.4. VO/2020/09014-01

AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) ÄA zu VO/2020/09014 Anzahl bezahlbarer Wohnungen im Bestand und bei Neubauten erhöhen

gemeinsam unter dem TOP 4.2. zu beraten.

d) Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist. Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt zu a) Kenntnis.***

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt zu b) Kenntnis und
lehnt die Dringlichkeit für
den TOP 7.3. ab, da die erforderliche
Zweidrittelmehrheit nicht gegeben ist.
(5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen)***

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt zu c) einstimmig, die Tagesordnungspunkte
4.2. und 7.4. gemeinsam unter TOP 4.2. zu beraten.
(15 Ja-Stimmen)**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
stimmt zu d) mit der erforderlichen
Zweidrittelmehrheit der nichtöffentlichen
Beratung des TOP 13.1. zu.
(13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
stimmt zu d) mit der erforderlichen
Zweidrittelmehrheit der nichtöffentlichen
Beratung des TOP 13.2. zu.
(12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen)**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
stimmt zu d) mit der erforderlichen
Zweidrittelmehrheit der nichtöffentlichen
Beratung des TOP 13.3. zu.
(12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen)**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
stimmt zu d) mit der erforderlichen
Zweidrittelmehrheit der nichtöffentlichen
Beratung des TOP 13.4. zu.
(13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)**

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der 17. Sitzung vom 08.06.2020

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Einwände gegen die Niederschrift vor.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
stellt die Niederschrift in der
vorgelegten Fassung fest.***

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Einzelhandelsentwicklung

zu 3.1.1 Karstadt-Schließung und ihre Folgen

Herr Schindler berichtet aus der am 29.07.2020 erfolgten gemeinsamen Sondersitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege. Die zu zahlende Miete, die Karstadt an den Vermieter zahlt, ist sehr hoch – Gespräche zur Mietsenkung dauern noch bis 31.08.2020 an. Eine Schließung des Gebäudes wird voraussichtlich erst am 31.01.2021 erfolgen und nicht - wie zunächst angedacht - Ende Oktober. Der Bürgermeister schöpft derzeit alle Möglichkeiten aus, um den Standort Lübeck zu erhalten. Ein Ankauf des Gebäudes durch die Hansestadt Lübeck kommt hierbei nicht in Betracht.

Herr Reinhardt geht u. a. auf die Bedeutung und Attraktivität des Warenhauses für Lübeck ein. Herr Reinhardt fragt weiterhin nach der Zukunft der weiteren Mieter wie z. B. Edeka. Er erwartet eine klare Initiative des Bürgermeisters zu weiteren Verhandlungen für den Erhalt des Standortes. Herr Reinhardt betont, dass eine Schließung aus seiner Sicht sowohl aus politischer als auch aus rechtlicher Sicht auf Probleme stoßen würde. Zum Umgang mit den derzeitigen weiteren Mietern liegen Herrn Schindler keine Informationen vor.

Herr Martens fragt nach der Kaufsumme für die Immobilie. Hierzu liegen keine gesicherten Informationen vor. Aus seiner Sicht ist Lübeck ohne Karstadt nur noch die Hälfte wert.

Herr Dr. Eymer schließt sich der Haltung von Herrn Reinhardt an. Für ihn ist keine klare Strategie der Hansestadt Lübeck erkennbar, auch sollte eine Strategie ohne den Erhalt des Karstadt-Standortes entwickelt werden. Aus Sicht von Herrn Dr. Eymer stellen u. a. die Verkehrsführung und die Anzahl an Ferienwohnungen keine optimalen Bedingungen für den Einzelhandel in der Innenstadt dar.

Herr Simon geht auf die Aussage des Bürgermeisters im Hauptausschuss ein, nach der Schwierigkeiten zur Kontaktaufnahme mit dem Eigentümer der Immobilie bestehen. Das Gebäude wurde seinerzeit zu einem hohen Kaufpreis veräußert. Er erwartet vom Bürgermeister die Erhaltung des Warenhauses. Aus seiner Sicht würde hierbei die Reduzierung auf ein Gebäude vertretbar sein. Herr Schindler äußert, dass es nach seinem Kenntnisstand mangels Ansprechpartner keinen direkten Kontakt mit dem Eigentümer des Gebäudes gibt. Herr Simon zeigt sich hierzu entsetzt. Wenn es keinen direkten Ansprechpartner gibt, sollte hierzu ggf. die Deutsche Bank mit einbezogen werden.

Herr Küther betont ebenfalls die zentrale Bedeutung des Gebäudes und des Standortes. Ein möglicher Leerstand darf kein Schandfleck für Lübeck werden.

Herr Dr. Flasbarth erläutert, dass Geschäftsschließungen in der Innenstadt kein Einzelfall sind. Immobilien zu verkaufen und diese dann zu vermieten ist nicht zielführend, da die rückläufigen Umsätze die hohen Mieten nicht decken können. Die Verlagerung des Einzelhandels auf die Grüne Wiese muss nach Ansicht von Herrn Dr. Flasbarth daher gestoppt werden und die Aufenthaltsqualität durch die Geschäfte gesteigert werden. Herr Schindler weist darauf hin, dass sich nach seinen Informationen derzeit keine Flächenerweiterung des Einzelhandels außerhalb der Innenstadt im Verfahren befindet.

Herr Lehrke fragt nach, ob und in welcher Form sich das Land in die Verhandlungen eingebracht hat und ob die Verwaltung zum Thema Leerstands-Steuer schon tätig geworden ist. Herr Schindler verweist auf die Beratung des Bürgermeisters im Hauptausschuss, da ihm hierzu keine Informationen vorliegen. Herr Schindler regt daher an, den Bürgermeister im nächsten Hauptausschuss zu befragen. Herr Krause weist hierzu auch auf die formale Zuständigkeit des Hauptausschusses hin.

Frau Stegemann thematisiert alternative Nutzungsmöglichkeiten. Das Potential für mögliche andere Nutzungen sollte nicht ungenutzt bleiben, für ein alleiniges Warenhausangebot besteht aus ihrer Sicht keine Perspektive. Herr Krause begrüßt diese Idee grundsätzlich, verweist jedoch auf die begrenzte Einflussnahme der Stadt auf das Privateigentum.

Herr Lehrke empfiehlt aufgrund diverser offener Fragen den Bürgermeister zur nächsten Sitzung einzuladen. Auf Grund der Dringlichkeit verweist Herr Krause hierzu auf die Beratung im morgigen Hauptausschuss.

Frau Kempke zeigt sich verwundert über die negative Wahrnehmung der bisherigen Verhandlungen des Bürgermeisters. Herr Lindenau und das Lübeck Management stehen bereits seit mehreren Wochen im Kontakt mit Karstadt und es werden alle Anstrengungen zum Erhalt unternommen. Aus ihrer Sicht sollten Diskussionen über einen Abriss und Neubau nicht zum jetzigen Zeitpunkt geführt werden, da die Gespräche noch bis zum 31.08. andauern. Mit den derzeitigen Mietern wie Edeka und Apollo wurden nach Informationen des Lübeck Management noch keine Zukunftsgespräche geführt. Herr Reinhardt stellt klar, dass niemand bestritten hat, dass der Bürgermeister entsprechende Anstrengungen unternimmt.

Zum Abschluss der Diskussion formuliert Herr Krause folgenden Antrag:

„Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" fordert den Bürgermeister auf, sich mit den Verantwortlichen des Warenhauskonzerns sowie des Immobilieneigentümers in Verbindung zu setzen mit dem Ziel, den Erhalt des Karstadt-Warenhauses zu sichern und dem Wirtschaftsausschuss hierüber zu berichten.

Dabei soll der Bürgermeister seinen Verhandlungspartnern deutlich machen, dass eine Nutzungsänderung in den politischen Gremien der Stadt auf Widerstand stößt.“

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.**

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Antrag des AM Krause
einstimmig an.
(14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)**

**zu 3.1.2 Anfrage AM Stegemann:
Wirtschaftliche Entwicklung Innenstadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/09129**

Herr Gerdes stellt Herrn Krappa als Projektleiter für die Themen Leerstandsmanagement & Innenstadtentwicklung vor und informiert, dass für den Hauptausschuss am 25.08. ein schriftlicher Bericht zur Entwicklung der Innenstadt in Arbeit ist. Insbesondere zu den Leerständen bestehen komplexe Rahmenbedingungen, da u. a. die Mitwirkung der Immobilieneigentümer erforderlich ist. Viele Eigentümer nehmen derzeit lieber einen Leerstand in Kauf, anstatt Mieten zu senken. Herr Arndt äußert, dass die Resonanz der Beteiligten zunächst schleppend verlaufen ist, sich aber inzwischen verbessert hat. Auch die vorhandenen Daten der Hochschule fließen in die Auswertung ein. Herr Arndt geht ergänzend kurz auf das Thema Welterbe und Denkmalschutz ein. Herr Gerdes berichtet zur bevorstehenden Passantenfrequenzmessung, die an 10 Hotspots in der Innenstadt erfolgen soll. Hierbei handelt es sich um eine reine Messung und nicht um eine Nachverfolgung.

Herr Martens betont, dass nicht nur die Leerstände sondern auch die Qualität der Innenstadt von Bedeutung ist. Herr Simon ergänzt, dass die Gebäudeeigentümer nach seinem Sachstand insbesondere in den A-Lagen von außerhalb kommen. Auch ihm ist die Qualität wichtig. Frau Kempke betont die Bedeutung der Messergebnisse, zur Bewertung der Standorte. Die Innenstadt sollte durch die Politik, IHK, Kaufmannschaft etc. weiter gestärkt werden.

Anfrage:

In Anbetracht der Situation hinsichtlich der bereits bestehenden sowie der noch zu erwartenden Leerstände in der Lübecker Innenstadt möchte ich vorschlagen, den bei der WiFö angesiedelten Projektleiter für Innenstadtentwicklung & Leerstandsmanagement, Herrn Stefan Krappa (ggfs. zusammen mit Herrn Gerdes), zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses einzuladen, um zu erfahren, welche Planungen seitens der WiFö hinsichtlich der Leerstände bisher vorgenommen wurden bzw. was hier die Politik zur Umsetzung evtl. noch leisten kann und muss.

In der Ausgabe der LN vom 07.07.2020 deutet Herr Gerdes in seiner Kolumne die unumgänglichen, bevorstehenden Veränderungen in der Innenstadt ja bereits an (Anlage).

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.**

zu 3.2 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.2.1 Anfrage AM Flasbarth: Regenerierung von Brachlandflächen in der Hansestadt Lübeck

Herr Senator Schindler trägt die Antwort der Bauverwaltung stichwortartig mündlich vor und gibt diese im Wortlaut zu Protokoll vor:

In der Hansestadt Lübeck wird der Flächennutzungsplan neu aufgestellt. Der Flächennutzungsplan (FNP) stellt nach § 5 Absatz 1 BauGB „die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen dar.“ Er stellt damit die Weichen für die mittel- bis langfristige Flächenentwicklung der gesamten Hansestadt Lübeck, wobei ihm in der Praxis üblicherweise ein Planungshorizont von etwa 20 Jahren zugesprochen wird.

Im Rahmen der Flächennutzungsplanneuaufstellung werden entsprechend der prognostizierten Bedarfe zusätzliche Flächen für die Siedlungsflächenentwicklung identifiziert und systematisch auf ihre Eignung geprüft. Nach §1a BauGB soll mit „Grund und Boden [...] sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.“ Dementsprechend werden im Flächennutzungsplanverfahren Brach- und Konversionsflächen, welche eine Bedeutung für die gesamtstädtische Entwicklung haben, ermittelt und auf ihre Zukunftsperspektive geprüft. In diesem Zusammenhang werden Brachflächen als Areale definiert, deren Nutzung bereits vollständig oder in Teilen aufgegeben wurde und Konversionsflächen als Areale deren Nutzung in absehbarer Zeit aufgeben wird und eine Neustrukturierung gewünscht ist. Grundstücke, die für die Erweiterung von bestehenden Betrieben vorgehalten werden, sind von der Definition nicht erfasst. Bereits in der Vergangenheit wurden seitens der Verwaltung Brach- und Konversionsflächen systematisch erfasst, bspw. im Konzept Lübeck 2030, und im Hinblick auf ihre Zukunftsperspektive überprüft. Im Regelfall ergibt sich eine Nachnutzung im Rahmen des allgemeinen Marktgeschehen von alleine, wenn seitens der Stadt eine klare städtebauliche Zielvorstellungen besteht und die erforderlichen planungsrechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Es können jedoch unterschiedliche Gründe vorliegen, die der Entwicklung einzelner privater Brach- und Konversionsflächen entgegenstehen, wie bspw. unklare Eigentumsverhältnisse (bspw. Erbgemeinschaften), ökonomische Zwänge (bspw. Altlasten) oder Bodenspekulationen. Dementsprechend müssen für jede Fläche individuelle Lösungsansätze gefunden werden. Im Regelfall ist die Stadt auf Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer angewiesen. Entsprechend der Eigentumsgarantie nach Art. 14 Abs. 1 GG liegen die rechtlichen Hürden sehr hoch, wenn die Stadt gegen den Willen des Eigentümers eine Fläche aktivieren möchte. An diesem Punkt setzt ein aktueller Referentenentwurf für eine BauGB-Novelle an, der die Mobilisierung von Bauland beschleunigen soll. In dem Entwurf wird bspw. die Einführung eines städtebauliches Entwicklungskonzept zur Innenentwicklung zur Diskussion gestellt, das im Bedarfsfall zur Begründung von Bebauungsplänen als auch zur Legitimation von Instrumenten des besonderen Städtebaurechtes (Baugebote/ Enteignung etc.) herangezogen werden kann. Die Instrumente des besonderen Städtebaurechts werden auch zukünftig nur in besonderen städtebaulichen Einzelfällen zur Anwendung kommen und stellen eine Art „ultima ratio“ dar. Vielmehr wird auch zukünftig der fortlaufende Dialog zwischen den privaten Grundstückseigentümern, den Nutzern, den zuständigen Bereichen innerhalb der Verwaltung und der Wirtschaftsförderung im Vordergrund stehen.

**zu 3.3 Anfrage AM Klix: "Wirtschaftliche Chancen von Verkehrs-, Energie- und Agrarwende"
Vorlage: VO/2019/08184**

Anfrage:

1. *Welche Maßnahmen werden bisher von der Hansestadt Lübeck unternommen um produzierendes Gewerbe der Wachstumsbranchen alternative-Antriebstechnologien (E-Mobilität, Wasserstoff etc.), Speichertechnologien, erneuerbare Energie und nachhaltige Ernährung in Lübeck anzusiedeln?*

2. *Ist die Hansestadt Lübeck auf Messen der entsprechenden Branchen präsent um aktiv für den Wirtschaftsstandort Lübeck zu werben? Welche Mittel werden für das Standortmarketing in diesen Bereichen aktuell aufgebracht?*

3. *Welche Wachstumschancen bestehen, angesichts des zunehmenden gesellschaftlichen Umdenkens, für Lübecks Wirtschaft im Rahmen von Verkehrs-, Energie- und Agrarwende?*

**zu 3.3.1 Anfrage AM Klix: "Wirtschaftliche Chancen von Verkehrs-, Energie- und Agrarwende"
Vorlage: VO/2019/08184-01**

Herrn Klix dankt der Verwaltung für die umfangreich erarbeitete Antwort.

Antwort:

Frage 1: Welche Maßnahmen werden bisher von der Hansestadt Lübeck unternommen um produzierendes Gewerbe der Wachstumsbranchen alternative-Antriebstechnologien (E-Mobilität, Wasserstoff etc.), Speichertechnologien, erneuerbare Energie und nachhaltige Ernährung in Lübeck anzusiedeln?

Gezielte Maßnahmen zu Ansiedlungen von Firmen aus den genannten Branchen finden aktuell und aus nachstehenden Gründen nicht statt.

Bislang fehlte der Wirtschaftsförderung Lübeck die nötige wirtschaftliche Kraft für ein aktives Standortmarketing. Die seit 2014 angestrebte Budgeterhöhung wurde im Jahr 2019 mit einem um 580.000 Euro erhöhten Zuschuss gewürdigt. Mit der verspäteten Haushaltsgenehmigung durch das Land konnten die geplanten Mittel jedoch erst ab März 2019 freigegeben werden. Sodann konnten erstmals im Jahr 2019 die nötigen Schritte für ein neues Standortmarketing eingeleitet werden (s. Antwort zu Frage 2).

Dieser Prozess ist momentan in vollem Gange und wird im Laufe des Jahres abgeschlossen werden, sofern die grassierende Epidemie der Planung keinen Strich durch die Rechnung macht. Angesichts bis zum Jahr 2019 fehlender finanzieller Mittel für ein aktives Standortmarketing fanden bis dato keine proaktiven Ansiedlungsbemühungen statt.

Die Entwicklung neuer Gewerbeflächen im „Gewerbepark Lübeck Semiramis“ wird auch seitens der Wirtschaftsförderung in der in Erarbeitung befindlichen Ansiedlungsstrategie berücksichtigt. Abzuwarten ist, wie genau sich die aktuelle Entwicklung auf die Wirtschaft und

das Investitionsverhalten auswirken wird. Anzumerken ist jedoch auch hier, dass für die entstehenden Flächen bereits zahlreiche Anfragen ortsansässiger Unternehmen vorliegen. Es ist daher dringend erforderlich, im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans und Aufstellung von Bebauungsplänen konkrete Vorsorge für die zukünftige Bereitstellung von Gewerbeflächen zu betreiben.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung am Standort Lübeck zeigt die Zunahme der Anzahl der Betriebe in Lübeck mit mindestens einem Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB), die seit 2007 von 5.134 in 2019 auf 5.483 stark angestiegen ist, ein Plus von 349 Betrieben. In der selben Zeit ist die Anzahl der SvB von 79.834 auf 99.053 SvB angestiegen. Das ist ein Plus von rund 20.000 SvB.

Insbesondere die Betriebe der Größenklassen 10 bis 49 Beschäftigte und 50 bis 249 Beschäftigte zeigen ein starkes Wachstum auf und implizieren eine große Flächennachfrage. Auf diese Betriebe entfallen fast die Hälfte aller neu geschaffenen Arbeitsplätze. Ihr Wachstum hat zu dem starken Rückgang der verfügbaren Gewerbeflächen geführt. Dennoch war es nicht immer vermeidbar, dass Betriebe ins Umland abgewandert sind. Im Mittel lag die Nachfrage von diesen Betrieben in Bezug auf die Flächengröße zwischen 5.000 und 6.000 Quadratmetern.

So hat die starke endogene Nachfrage verhältnismäßig viele Ressourcen gebunden und die verstärkte Gewerbeflächenknappheit eine aktive Unternehmensansprache erschwert. Aktuell verfügbar sind zur Zeit ca. 21,6 ha insgesamt (= 5,67 %). Bei Realisierung aller in Verhandlung befindlichen Projekte (ca. 10,9 ha) reduziert sich die Verfügbarkeit auf 10,7 ha (= 2,8%).

Vor diesem Hintergrund liegt der Fokus zunächst auf den ansässigen Unternehmen, um Flächen für Wachstum zur Verfügung zu stellen und den Wirtschaftsstandort Lübeck attraktiv für Arbeits- und Fachkräfte zu halten.

Deutlich mehr als 80% der vergebenen Flächen wurden von Lübecker Unternehmen nachgefragt. Prominente Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit dazu sind SLM Solutions oder Coherent.

Ferner ist zu beobachten, dass Ansiedlungen im Bereich der E-Mobilität konzerngetrieben sind und Standorte in strategischer Nähe zu bestehenden Werken der etablierten Automobilhersteller gewählt werden. Der neue Standort, z.B. für das Batteriewerk von CATL bei Erfurt, kann sowohl die BMW-Werke in Bayern als auch von Porsche und BMW in Leipzig, die Produktion von Opel / PSA in Thüringen sowie von VW in Niedersachsen und Tschechien sowie Tesla in Brandenburg sehr gut versorgen.

Frage 2: Ist die Hansestadt Lübeck auf Messen der entsprechenden Branchen präsent um aktiv für den Wirtschaftsstandort Lübeck zu werben? Welche Mittel werden für das Standortmarketing in diesen Bereichen aktuell aufgebracht?

Die Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH ist jährlich auf der Expo Real in München auf einem Gemeinschaftsstand von Schleswig-Holstein mit einem eigenem Messeauftritt (in Partnerschaft mit KWL) sichtbar. Die Expo Real ist Europas größte Messe für Immobilien und Investitionen. Dort sind branchenunabhängig bzw. -übergreifend die größten und relevantesten Projektentwickler und Investoren vertreten. Es wird auf verschiedenen Ebenen für den Standort Lübeck geworben und intensive Gespräche und Verhandlungen werden mit Entwicklern und Investoren geführt.

Ohne eigenen Stand ist die Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH zudem regelmäßig auf der Nortec in Hamburg (Produktionsfachmesse für den Norden), zuletzt im Januar 2020 vertreten. Bezüglich erneuerbarer Energien wird die WindEnergy in Hamburg (internationale Ausrichtung) im jährlichen Wechsel mit der HUSUM Wind in Husum (nationale Ausrichtung) be-

sucht. Hinzu kommen die zahlreichen Aktivitäten von logRegio und foodRegio für die Logistik- und Ernährungswirtschaft.

Das Thema Standortmarketing hat aus budgetären Gründen in den vergangenen Jahren leider eine untergeordnete Rolle spielen müssen und wurde stadtseitig von der LTM ausschließlich für das Thema Tourismus und MICE (Meeting, Incentives, Conferences, Events) bzw. Kongress- und Tagungstourismus besetzt. Durch die Budgeterhöhung für die Wirtschaftsförderung wird das Thema derzeit unter Federführung der Wirtschaftsförderung Lübeck GmbH neu aufgerollt. So findet derzeit ein Markenprozess für den Wirtschaftsstandort Lübeck statt, bei dem gemeinsam mit der Verwaltung, der LTM sowie relevanten Branchenvertretern, Unternehmen, den Hochschulen sowie weiteren Stakeholdern ein Markenkern für den Wirtschaftsstandort Lübeck zur Positionierung erarbeitet wird. Der Prozess soll im Juni abgeschlossen sein, erste Marketingmaßnahmen sollen nach der Sommerpause starten. Durch die Corona-Pandemie wird sich der Prozess jedoch nach hinten verschieben. Begleitet wird die Wirtschaftsförderung bei dem Prozess von der Brandmeyer Markenberatung aus Hamburg. Für das Standortmarketing sind momentan ca. 400.000 Euro eingeplant. Das sind Maßnahmen für die Schaffung der Grundlagen für ein erfolgreiches Standortmarketing sowie die Steigerung der Sichtbarkeit des Standort Lübecks (national und international) für Fachkräfte und Unternehmen/Investoren im Sinne der Ansiedlung.

Frage 3: Welche Wachstumschancen bestehen, angesichts des zunehmenden gesellschaftlichen Umdenkens, für Lübecks Wirtschaft im Rahmen von Verkehrs-, Energie- und Agrarwende?

Mit den Branchen Gesundheitswirtschaft, Ernährungswirtschaft und Logistikwirtschaft ist Lübeck im Vergleich zu anderen Standorten krisenfester aufgestellt, weil diese „systemrelevant“ sind, größtenteils auch eine hohe Wertschöpfung sowie attraktive Arbeitsplätze bieten und zukunftsfähig sind. In diesen Branchen finden knapp 38.000 Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Nimmt man nun noch die auch relativ krisenfesten Branche Digitalwirtschaft mit mehr als 6.000 SvB hinzu, konzentrieren sich 43% aller SvB am Wirtschaftsstandort Lübeck auf diese Branchen. Das bedeutet für einen Wirtschaftsstandort wie Lübeck, dass wir angesichts der aktuellen Entwicklungen ein starkes „Grundrauschen“ für regelmäßige Beschäftigung haben.

Wie steht es nun um die Wachstumschancen für die Branchen Verkehr (Logistik), Energie und verarbeitende Industrie agrarwirtschaftlicher Produkte?

Die Themen Energie (plus Recycling) und Verkehr sind für Lübeck durchaus relevant. Allein im Energie- und Recycling Sektor ist die Beschäftigung seit 2007 um 20% auf rund 2.200 SvB angewachsen. Am Standort selbst gibt es 10 Betriebe, die zu dieser Branche zählen; Im Wesentlichen aber ist Lübecks Energiewirtschaft durch einen großen Arbeitgeber geprägt. Die TH-Lübeck hat vor ca. 10 Jahren ein Wasserstoff-Kompetenzzentrum betrieben, das anscheinend seiner Zeit voraus war und mangels Nachfrage nicht weitergeführt wurde.

An der TH-Lübeck gibt es das Fachgebiet für Elektromobilität und Leistungselektronik (EMLE), das als Forschungsgruppe Erneuerbare Energien und eMobilität (EEeM) im Juli 2012 von Prof. Dr. Tiedemann an der Technischen Hochschule Lübeck gegründet wurde.

Am 01. November 2019 wurde aus der Forschungsgruppe Erneuerbare Energien und eMobilität das Fachgebiet für Elektromobilität und Leistungselektronik der Technischen Hochschule Lübeck. Um die Energie- und Mobilitätswende effizient mitgestalten zu können, vernetzt das Fachgebiet EMLE überregional und interdisziplinär Kompetenzen in den Bereichen Elektrotechnik, Leistungselektronik, Antriebstechnik, Mikroprozessortechnik sowie Recht und Wirtschaft. Des Weiteren unterstützt das Fachgebiet EMLE die Energie- und Mobilitätswende mit anwendungsorientierten Forschungsprojekten aus Industrie und Wirtschaft.

Die Kooperation zwischen Stadtwerke-Konzern und TH-Lübeck bietet in diesem Kontext sicherlich Entwicklungschancen. Das EnergieCluster Digitales Lübeck entwickelt zusammen mit der Hansestadt Lübeck die Modellregion einer intelligent vernetzten, nachhaltigen Stadt. Damit ist die Basis für eine zukunftsgerichtete Entwicklung gelegt und der Erfolg hängt im Wesentlichen von den handelnden Akteuren ab.

Für den Bereich Verkehr liegen für Lübeck bei der Wirtschaftsförderung keine ausgewiesenen Zahlen zugrunde. Das Thema Verkehr wird unter dem Oberbegriff subsummiert. Wobei die Logistikbranche aktuell wieder leicht über dem Niveau von 2007 liegt, plus 150 SvB und plus 15 Betriebe.

Für die Logistikwirtschaft etwa sind neue Antriebsmodelle für LKW (Elektrifizierung) oder Fahren (Hybridantriebe) zu nennen. Mit dem e-Highway zwischen Lübeck und Reinfeld ist für e-LKW eine Teststrecke ausgewiesen, die Chancen für Forschung & Entwicklung bietet. Hier ist die TH-Lübeck mit ihrem „Kompetenzzentrum Logistik und Produktion“ ein verlässlicher Partner für die lokale Wirtschaft.

Im Bereich der innerbetrieblichen Logistik sind Struktur- und Prozessoptimierungen mit zum Teil erheblichen Rationalisierungspotentialen möglich. In der zwischenbetrieblichen Logistik sind mit schlanken Supply Chains ebenfalls oft erhebliche positive Effekte in Bezug auf Kosten, Zeit und Transparenz zu erzielen. Aber auch in der Produktion selbst sind durch Verschlankung und Konzentration auf wertschöpfende Tätigkeiten in Fertigung und Montage oft noch große Rationalisierungspotentiale zu erschließen.

Vor diesem Hintergrund analysiert, konzipiert und realisiert das Institut "Logistik und Produktion" der Technischen Hochschule Lübeck für die Industriepartner der regionalen Wirtschaft praxisnahe Lösungen und leistet einen hohen Beitrag zum Kundenerfolg. Die Clusterinitiative logRegio e.V. ist ein kompetenter Partner für Netzwerkarbeit und Kommunikation sowie Bindedglied zur TH-Lübeck. Durch die von logRegio regelmäßig geplanten Veranstaltungen wie z.B. Logistikforen oder das Azubi-Rotationsprogramm wird ein wesentlicher Beitrag zur betriebsübergreifenden Innovation geschaffen. Aber auch hier hängt der Erfolg immer wieder von den handelnden Personen ab.

Wie sich die Agrarwende auf Lübeck auswirken wird, ist momentan nur schwer einschätzbar. Die lebensmittelverarbeitenden Betriebe, wie z.B. die Cerealien-Hersteller, sind davon sicherlich mehr betroffen. In diesem Kontext bietet das Cluster foodRegio e.V. seit vielen Jahren eine sehr gute Hilfestellung für betriebliche Innovation, die durch die Universität zu Lübeck und die TH-Lübeck im Bereich der Ausbildung sowie den Bereichen Forschung & Entwicklung unterstützt werden.

Das Wachstumspotential für die genannten Branchen zum jetzigen Zeitpunkt zu beziffern, fällt schwer und ist angesichts dieser besonderen Lage unseriös. Viele lebensmittelproduzierende Betriebe fahren aktuell unter Vollast. Grundsätzlich ist zunächst einmal davon auszugehen, dass der Standort Lübeck durch die systemrelevanten Branchen vergleichsweise geringere Folgen zu erwarten hat. Das schließt aber nicht aus, dass die besonders gebeutelten Branchen Tourismus, Handel, Hotel und Gaststättengewerbe einen bislang ungeahnten Angebotsrückgang verzeichnen wird und dadurch neue Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Lübeck entstehen.

Als Hochschulstandort ist Lübeck mit der Universität, der Technischen Hochschule Lübeck, dem Fraunhofer EMB, der Akademie für Hörakustik, der Initiative „BioMedTeck Campus“ sowie weiteren Einrichtungen am Campus (Institute und Kompetenzzentren der Hochschulen sowie TZL, fabLab oder Gründercube), die ihrerseits Innovationen und technologische Entwicklungen vorantreiben, gut aufgestellt, um auf sich verändernde Rahmenbedingungen zu reagieren und Lösungen zu entwickeln.

Eines jedoch ist sicher, die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, stellen einige Geschäftsmodelle infrage und bieten gleichzeitig die Chance Neues auszuprobieren.

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt die Antwort der Verwaltung
zur Kenntnis.**

zu 3.4 Neue Anfragen

zu 3.4.1 Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Müll in Travemünde Vorlage: VO/2020/09162

Herr Kirchhoff bietet eine mündliche Beantwortung der Anfragen von Herrn Dr. Flasbarth und Herrn Krause an. Herr Dr. Flasbarth und der Vorsitzende erklären sich hiermit einverstanden.

Herr Kirchhoff berichtet, dass die gesamte Lübecker Bucht am vergangenen Wochenende aufgrund der sehr guten Witterungsverhältnisse und der Ferienzeit stark frequentiert war. Während auf dem Priwall das Müllaufkommen gering war, kam es auf der Stadtseite zu extremen Müllansammlungen, die vergleichbar mit der Travemünder Woche sind.

Für das Müllaufkommen sind bereits 30 zusätzliche Müllbehälter aufgestellt worden und weitere 40 Müllbehälter werden nunmehr kurzfristig ergänzt. Die Beseitigung des Mülls am Strand erfolgt durch die Mitarbeitenden des Kurbetriebs größtenteils per Hand. Es ist hierzu bereits eine Erhöhung der personellen Kapazität des Außendienstes vorgesehen. Da das Befahren des Strandes am Nachmittag durch die hohe Frequentierung kaum möglich ist, finden die Reinigungsarbeiten in den frühen Morgenstunden statt. Problematisch ist, dass die Strandgäste zum Teil große und sperrige Materialien wiederrechtlich entsorgen. Die Polizei sowie das Ordnungsamt haben am vergangenen Wochenende starke Präsenz gezeigt, zusätzlich wurde auch der vom Kurbetrieb beauftragte Sicherheitsdienst verstärkt.

Herr Krause teilt mit, dass die Toilettenanlagen nach seinen Informationen am frühen Sonntagmorgen noch verschlossen waren und am Strand campiert sowie uriniert wurde. Es wird angeregt, die Toilettenanlagen durchgehend zu öffnen. Herr Kirchhoff äußert sich hierzu kritisch und geht auf mögliche Schäden durch Vandalismus sowie das grundsätzliche Verbot des Aufstellens von Zelten ein.

Herr Kirchhoff wird Kontakt zu den Ordnungsbehörden aufnehmen und sich mit diesen zur Intensivierung der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten aus der Strandsatzung abstimmen und hierzu in der September-Sitzung entsprechend berichten.

Anfrage:

Am Wochenende gab es morgens in Travemünde an diversen Stellen (insbesondere am Strand) erhebliche Verunreinigungen mit Müll.

Der Bürgermeister wird gebeten hierzu folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Möglichkeiten bestehen, die vorhandenen Müllbehälter zu vergrößern und widerstandsfähiger gegen Beschädigungen durch Möwen auszustatten?

2. Welche Möglichkeiten bestehen für das Ordnungsamt, die verursachenden Personen darauf hinzuweisen, den "überschüssigen" Müll ggf. zu Hause oder anderswo zu

entsorgen, wenn die vorhandenen Müllbehälter voll sind?

3. Welche sonstigen Möglichkeiten sieht der Bürgermeister, die o.a. Verunreinigungen zu verhindern?

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.**

<p>zu 3.4.2 Anfrage von AM Ulrich Krause (CDU): Verunreinigungen Travemünder Grün- und Kurstrand Vorlage: VO/2020/09165</p>
--

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, da eine Beratung bereits unter TOP 3.4.1 erfolgt ist.

Anfrage:

Seit Wochen ist zu beobachten, dass am Grün- und am Kurstrand von Travemünde regelmäßig insbesondere an den Wochenenden Zelte von Großfamilien und Gruppen junger Männer aufgebaut und die Strand- und Grünstrandflächen vermüllt werden.

Auch am zurückliegenden Wochenende war zu beobachten, dass im Abschnitt zwischen der Nordermole bis ca. Ende des Sandstrandes an der Promenade mehrere regelrechte Zeltlager errichtet wurden. Wie die entsprechenden Hinterlassenschaften (Unmengen von Müll, Plastik, Grillkohletüten, Resten von Campingstühlen und defekten Zelten etc.) zeigen, war das offenkundig verbunden mit nächtlichem Grillen und dem Konsum größerer Mengen Alkohol. Der gesamte Strand war am Sonntag Morgen von Müll und Unrat übersät.

Von verschiedenen Zeugen wurde beobachtet, dass die Angehörigen der am Strand campierenden Großfamilien und/oder Gruppen im Bereich des Piratenspielplatzes an der Nordermole ihre Notdurft in unmittelbarer Nähe zum Spielplatz direkt in den Sand verrichteten – dort, wo später am Tage Kinder spielen sollten / würden. Diese Situation wurde auch von zahlreichen Gästen benachbarter Hotels beobachtet.

Diese untragbare Situation wiederholt sich nun seit einiger Zeit namentlich an den vergangenen Wochenenden, obwohl in der Strandsatzung das Abbrennen offener Feuer, das Grillen sowie das Lagern bzw. das Aufstellen von Zelten generell verboten sind.

Ich bitte deshalb aus gegebenem Anlaß um zeitnahe Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Warum wird das Campieren von Großfamilien und anderen Gruppen in Zelten am Strand nicht unterbunden?*
- 2. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, mit denen das Errichten von Zelten am Strand und die damit verbundene Verunreinigung durch Müll und Exkremente unterbunden wird?*

Werden aus Sicht der Verwaltung Beschlüsse politischer Gremien benötigt, um eine wirkungsvolle Durchsetzung der Bestimmungen der Strandsatzung umzusetzen, ggf. welche?

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt die Antwort der Verwaltung
zur Kenntnis.**

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Bericht über den aktuellen Stand zur Aufstellung des Bebauungsplanes
01.77.00 Nördliche Wallhalbinsel (PIH-Konzept)
Vorlage: VO/2020/08879**

Herr Simon äußert, dass ausschließlich eine Hotelnutzung vorgesehen ist. Er fragt an, warum Veränderungen an dem ursprünglichen Bericht vorgenommen worden sind und was den Senat bewogen hat, die Vorlage entsprechend zu ändern? Herr Schindler teilt mit, dass der Bericht vor der Finalisierung in ALLRIS freigegeben wurde.

Frau Bradler berichtet, dass es sich bei der Hotelnutzung um eine Festsetzung zur Zweckbestimmung handelt und das PIH-Konzept städtebaulich ein Hotel vorsieht. Herr Dr. Flasbarth spricht sich für eine alternative Schaffung von neuem Wohnraum aus und kündigt hierzu einen Antrag im Bauausschuss an. Hierzu sprechen Herr Senator Schindler, Herr Martens und Herr Reinhardt.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Bericht zur Kenntnis.***

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Anzahl bezahlbarer Wohnungen im Bestand und bei Neubauten erhöhen
Vorlage: VO/2020/09014**

Herr Dr. Flasbarth äußert sich zum gemeinsamen Erbbaurecht kritisch.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Bericht zur Kenntnis.***

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Quartalsbericht II / 2020 der Gesellschaften und Betriebe der Hansestadt
Lübeck - Kurbetrieb Travemünde
Vorlage: VO/2020/09125**

Herr Dr. Eymer verlässt die Sitzung. Es gibt keine Wortmeldungen.

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Bericht zur Kenntnis.**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Fortschreibung des Touristischen Entwicklungskonzeptes für
Lübeck.Travemünde bis zum Jahr 2030 (TEK)
Vorlage: VO/2020/08959**

Frau Siegenbrink erkundigt sich, ob das Ergebnis der Abstimmung und das Entwicklungskonzept selbst veröffentlicht werden. Herr Lukas informiert hierzu, dass die Entscheidung durch die Bürgerschaft voraussichtlich Ende August 2020 getroffen wird. Die Beschlusslage und alle Unterlagen sind öffentlich einsehbar.

Herr Dr. Flasbarth fragt nach Fördermöglichkeiten zu den Maßnahmen des TEK und bittet um Auskunft, warum das Thema „Verschönerung“ der Vorderreihe nicht mehr im neuen TEK enthalten ist. Herr Lukas informiert zu verschiedenen Fördermöglichkeiten und geht auf die Vorgaben im TEK zur Vorderreihe ein.

Beschluss:

Es wird empfohlen, das beigefügte „Touristische Entwicklungskonzept Lübeck.Travemünde 2030“ (TEK) künftig als verbindliche Handlungs- und Entscheidungsgrundlage für tourismus-spezifische Entwicklungen in Lübeck und Travemünde bereichs- und institutionenübergreifend anzuerkennen. Denn die stringente Umsetzung des TEK führt dazu, dass das Wirtschaftscluster Tourismus systematisch aufgebaut und nachhaltig für den Standort in Wert gesetzt wird. Die Anerkennung des TEK über einen positiven Beschluss in der Bürgerschaft ist zudem eine Vorgabe des Landes und stellt die Grundvoraussetzung dar, um Fördermittel in Anspruch nehmen bzw. beantragen zu können.

Aus diesen Gründen wird empfohlen, die Bürgerschaft möge beschließen, dass

1. die im TEK Lübeck.Travemünde 2030 formulierte Vision und Strategie sowie das strategische Handlungskonzept ab 2021 als verbindliche gesamtstädtische Handlungs- und Entscheidungsgrundlage gilt;
2. die zur Umsetzung des Handlungskonzeptes ab 2021 erforderlichen Ressourcen innerhalb der haushälterischen Vorgaben bereichsspezifisch geordnet werden;
3. für die ganzheitliche und umfassende Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen mit Federführung bei der LTM ist eine strukturelle Erhöhung des Zuschusses der Gesellschaft zu erwirken. Im Impulsjahr 2021 sind dies 558.000,00 EUR. Die Akquisition von Drittmitteln ist zu stärken (s. Tabelle Anlage 6 – Finanzielle Auswirkungen).

Signifikante Fortschritte in der nachhaltigen Lenkung und aktiven Ausgestaltung der Tourismusentwicklung sind nur mit einer Ressourcenaufstockung im Sinne einer Investition in eine der Leitbranchen der Stadt zu erreichen.

Das vollständige TEK für Lübeck und Travemünde ist Bestandteil dieser Vorlage und befindet sich in Anlage 1 (die dazugehörigen Teilkapitel befinden sich in Anlage 2 – 5). In der Begründung erfolgt eine Zusammenfassung zur Vorgehensweise bei der Erarbeitung und den wesentlichen Inhalten gegeben.

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden. (14 Ja-Stimmen)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Annahme einer Geldspende in Höhe von 198.000 € der Possehl-Stiftung Lübeck für das Projekt POP.UP STADTKULTUR
Vorlage: VO/2020/08935**

Herr Alt bittet um Auskunft, welche Flächen hier konkret geplant sind. Herr Lukas informiert, dass das Projekt ausschließlich auf öffentlich zugänglichen Orten realisiert wird.

Beschluss:

Die Spende der Possehl-Stiftung in Höhe von 198.000 € wird angenommen.

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" empfiehlt dem Hauptausschuss einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden. (14 Ja-Stimmen)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 6.1 DIE LINKE: Umbau Hafenschuppen 6 Vorlage: VO/2020/08799
--

Herr Martens beantragt eine erneute Vertagung, um das Ergebnis des heutigen Kulturausschusses abzuwarten und in die Empfehlung einfließen zu lassen.

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Hafenschuppen 6 bekommt durch einen Umbau eine Attraktivitätssteigerung. Über den Boden bestehend aus Kopfsteinpflaster wird ein Fußboden aus Holz eingezogen. Durch den Einbau von flexiblen Raumteilern könnte man den großen Raum besser nutzen.

Durch den Umbau wäre der Schuppen besser heizbar und als Veranstaltungshalle auch im Winter viel besser nutzbar. So ein Veranstaltungsort fehlt in Lübeck.

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, den Antrag auf
die nächste Sitzung zu vertagen.
(14 Ja-Stimmen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Ausbau der Elektromobilität in Lübeck Vorlage: VO/2020/09045

Herr Alt äußert sich kritisch, bereits zum jetzigen Zeitpunkt klare Vorgaben zu machen. Es ist aktuell nicht vorhersehbar und zum jetzigen Zeitpunkt zu früh, Zahlen zu liefern. Herr Lehrke merkt an, dass die Planungen bereits jetzt beginnen müssen. Frau Siegenbrink sieht dies als Chance für die Hansestadt Lübeck, wirtschaftliche Impulse zu setzen und zum Klimaschutz beizutragen. Herr Martens spricht sich für eine Unterstützung aus. Herr Schumann regt zunächst eine Umformulierung des Antrags als Prüfauftrag an. Laut Herrn Dr. Flasbarth müssen zunächst die Grundvoraussetzungen geschaffen werden, damit das Projekt erfolgreich verläuft.

Herr Krause schlägt vor, den Antrag des AM Dr. Flasbarth nebst der Ergänzung um Ziffer 3. aus TOP 7.1.1. als Prüfauftrag an die Verwaltung zu richten und einen Bericht abzufordern.

Antrag:

1. *Die Hansestadt Lübeck bekennt sich zu dem Ziel, dass bis Anfang 2022 das Angebot öffentlich zugänglicher Ladepunkte mit Strom aus erneuerbaren Energien auf mindestens 500 im Lübecker Stadtgebiet ausgebaut wird. Bis Anfang 2030 wird ein Angebot an öffentlich zugänglichen Ladepunkten von mindestens 2.000 angestrebt. Dazu gehören jeweils auch öffentliche Ladepunkte auf Privatgrund (Supermärkte, Parkhäuser, Firmenparkplätze,...), die werktags mindestens 12 Stunden am Tag von Dritten genutzt werden können.*
2. *Um den zielgerichteten Ausbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität zu unterstützen, erarbeitet die Stadt – ggf. mit externer Unterstützung – ein bedarfsorientiertes Umsetzungskonzept in Zusammenarbeit mit allen relevanten Partnern (d.h. SWL, IHK, KWL, Wirtschaftsförderung, vor Ort aktive car-sharing-Anbieter, Politik & private Unternehmen) für die unter (1.) genannten Ziele. Im Konzept werden dazu auch folgende Aspekte erarbeitet:*
 - *konkrete Maßnahmen und ein dazugehöriger Zeitplan unter Berücksichtigung der lokalen Verkehrsdaten,*
 - *die Nutzung von Fördermitteln von Landes-, Bundes-, und EU-Ebene, insb. der Förderrichtlinie "Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Deutschland" des Bundesverkehrsministeriums,*
 - *die städteplanerische Kopplung der Ladeinfrastruktur mit Anschlussmobilität (Bushaltestellen, Fahrradverleihstationen etc.) wo dies möglich ist,*
 - *die Realisierung*
 - *einer zentralen Datenschnittstelle,*
 - *von kontaktlosem Bezahlen,*
 - *von Parksensoren,*
 - *einheitlicher Kennzeichnung gemäß § 39 Abs. 10 StVO sowie*
 - *von Roaming**an allen Ladepunkten.*

Als Vorbild dienen z.B. entsprechende Umsetzungskonzepte aus Hannover sowie der Wartburgregion (siehe Links).

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" beschließt mehrheitlich, den Antrag in der um die Ziffer 3. ergänzten Fassung als Prüfauftrag an die Verwaltung zu richten. Die Verwaltung möge den Sachstand hierzu in einem Bericht darlegen. (9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.1.1 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Antrag zu VO/2020/09045: Ausbau der Elektromobilität in Lübeck
Vorlage: VO/2020/09045-01**

Die Beratung erfolgte unter TOP 7.1..

Antrag:

Der Antrag wird um folgenden Punkt ergänzt:

3. Die Stadt berücksichtigt und nutzt dabei insbesondere die Fördermöglichkeiten der "Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge" des Landes Schleswig-Holstein vom 13.07.2020.

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" nimmt den Ergänzungsantrag mehrheitlich an. (9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7.2 Dringlichkeitsantrag: AM Herwig Alt (AfD): Wirtschaftliche Entwicklung der Innenstadt
Vorlage: VO/2020/09124

Es gibt keine Wortmeldungen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt,

- *alle aktuellen Gewerbeflächen-Leerstände in der Innenstadt getrennt nach Einzelhandel, Dienstleistungen, Handwerk und Verwaltung zu ermitteln (soweit diese nicht schon vorliegen)*
- *einen Auftrag an eine professionelle Beratungsgesellschaft zur Erstellung eines das gesamte gewerbliche Leben der Innenstadt umfassenden Entwicklungsplanes zu vergeben, der die möglichen Szenarien für deren wirtschaftliche Weiterentwicklung aufzeigt*

eine Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise in dieser Sache herbeizuführen.

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" lehnt den Antrag mehrheitlich ab. (2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7.3 Dringlichkeitsantrag AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Keine weitere Stärkung der Grünen Wiese
Vorlage: VO/2020/09167

Der TOP hat bei Eintritt in die Tagesordnung keine Dringlichkeit erhalten.

zu 7.4 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) ÄA zu VO/2020/09014 Anzahl bezahlbarer Wohnungen im Bestand und bei Neubauten erhöhen
Vorlage: VO/2020/09014-01

Es gibt keine ergänzenden Wortmeldungen zur erfolgten Beratung unter TOP 4.2..

Antrag:

Erbbauberechtigten wird die Möglichkeit des Ankaufes des jeweiligen Grundstückes nach VO/2015/03216 nicht mehr gewährt, sollte das entsprechende Grundstück mit Geschosswohnungsbau bebaut und noch keine Teilung nach dem Wohnungseigentumsgesetz erfolgt sein.

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
lehnt den Antrag mehrheitlich ab
(5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Herr Reinhardt kritisiert den **Verkauf von Bekleidung im Kreuzfahrterminal** und geht hierbei auf die fehlende Attraktivität für den Tourismus ein. Herr Reinhardt bittet die Verwaltung ein Abstimmungsgespräch mit der LHG zu führen und dem Ausschuss in der nächsten Sitzung zum Vermarktungskonzept der LHG zu berichten. Frau Kempke ergänzt, dass auch das Amt für Gewerbeangelegenheiten eine Zustimmung / Ablehnung für den Verkauf erteilen muss.

Herr Reinhardt fragt nach dem **Baubeginn der Travepromenade**. Herr Kirchhoff verweist hierzu auf den TOP 13.4. der heutigen Tagesordnung.

**Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.**

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:44 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Cladow als Vertreter des Seniorenbeirates einen Antrag auf Teilnahme am nicht öffentlichen Teil der Sitzung gestellt hat. Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag.

Die Sitzung wird um 18:45 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**Der Wirtschaftsausschusses und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Antrag einstimmig an,
da es sich bei allen Punkten um
seniorenrelevante Themen handelt.
(14 Ja-Stimmen)**

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil vier Beschlussvorlagen behandelt worden sind und schließt die Sitzung.

***Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.***

Lübeck, den 27. August 2020

Ulrich Krause
Vorsitzende/r

Jacqueline Schütz
Protokollführung